

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 16/12789, 16/13122 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu der Satzung vom 26. Januar 2009
der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien**

A. Problem

Die internationale Staatengemeinschaft steht vor dem Hintergrund des globalen Klimawandels vor großen Herausforderungen insbesondere beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit der Gründung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) soll der weltweite Ausbau aller Formen erneuerbarer Energien unter Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien unterstützt und gefördert werden. Die Bundesrepublik hat als einer von 74 Staaten die Satzung von IRENA unterzeichnet. Mit dem Gesetzentwurf soll der völkerrechtliche Staatsvertrag innerstaatlich in Kraft gesetzt und die Bundesrepublik Deutschland Mitglied von IRENA werden.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf den Drucksachen 16/12789, 16/13122 anzunehmen.

Berlin, den 27. Mai 2009

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Dr. Maria Flachsbarth
Berichterstatterin

Dr. Hermann Scheer
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Hans-Kurt Hill
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Hermann Scheer, Michael Kauch, Hans-Kurt Hill und Hans-Josef Fell

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf den **Drucksachen 16/12789, 16/13122** wurde in der 220. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2009 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die internationale Staatengemeinschaft steht vor dem Hintergrund des globalen Klimawandels vor großen Herausforderungen insbesondere beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit der Gründung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) soll der weltweite Ausbau aller Formen erneuerbarer Energien unter Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien unterstützt und gefördert werden. Die Bundesrepublik hat als einer von 74 Staaten die Satzung von IRENA unterzeichnet. Mit dem Gesetzentwurf soll der völkerrechtliche Staatsvertrag innerstaatlich in Kraft gesetzt und die Bundesrepublik Deutschland Mitglied von IRENA werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat einstimmig empfohlen, den Gesetzentwurf auf den Drucksachen 16/12789, 16/13122 anzunehmen

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Gesetzentwurf auf den Drucksachen 16/12789, 16/13122 in seiner Sitzung am 27. Mai 2009 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass die Gründung von IRENA auf eine deutsche Initiative zurückgehe. Zu den Aufgaben von IRENA gehörten gegenseitige Erfahrungsaustausche, der Aufbau von Know-How bei der Energieentwicklung, den Regulierungsrahmen, der Wirtschaftlichkeit und den Fördermechanismen für Erneuerbare Energien. Es sei ein besonderes Anliegen der Bundesrepublik Deutschland, die Erneuerbaren Energien zu fördern, da man national hier große Erfolge vorzuweisen habe. Man sei überzeugt, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien sowohl vor dem Hintergrund des Klimaschutzes als auch der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit eine der wesentlichen Aufgaben der Zukunft sein werde. Die Motivation, eine eigenständige Agentur zu gründen, statt eine Integration in die Internationale Energy Agency (IEA) vorzunehmen, sei darin begründet, den Kreis der beteiligten Länder möglichst groß zu fassen und sowohl die Industrie- als auch die Schwellenländer einzubeziehen. Seitens des BMU habe man möglicherweise auch ein Gegengewicht zur internationalen Atomenergieorganisation schaffen wollen. An der Gründungskonferenz der IRENA in Bonn am 26. Januar 2009 hätten sich 125 Staaten beteiligt, 83 Länder hätten bis heute das Gründungsstatut unterzeichnet. Wichtige Staaten wie die USA, China, Russland, Japan und Kanada fehlten jedoch noch. Man wünsche sich außerdem, dass alle EU-Staaten, wie z. B. auch Großbritannien, IRENA beitreten würden. Durch die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf würde man volle Handlungsfähigkeit bei den anstehenden Entscheidungen zu IRENA erlangen. Die nächste Sitzung der Vorbereitungscommission werde am 28./29. Juni 2009 in Sharm El Sheikh stattfinden. Hier würden Entscheidungen zum vorläufigen Sitz und

der personellen Ausstattung getroffen. Deutschland bewerbe sich mit Bonn um den Standort von IRENA und beteilige sich mit einem wesentlichen Anteil an der Finanzierung.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die Gründung von IRENA im Kern auf Entschlüssen des Deutschen Bundestages seit dem Jahr 2003 zurückgehe. Der Deutsche Bundestag habe sich in der Folge mit Parlamentariern aller Fraktionen am internationalen Parlamentarierforum Erneuerbare Energien im Jahr 2004 in Bonn beteiligt und dort gemessen die Forderung nach der Einrichtung der IRENA eingebracht und als Resolution durchgesetzt. In der Koalitionsvereinbarung habe man sich ebenfalls auf die Unterstützung der Gründung von IRENA verständigt. Zwischenzeitlich habe es zwei weitere Entschlüsse des Deutschen Bundestages gegeben, die zu einer schnellen Gründung gedrängt hätten. Trotz aller Vermutungen, dass sich nur wenige Länder an IRENA beteiligen würden, habe man eine stetig steigende Zahl von Beitrittsländern. Aktuell gebe es nach dem Beitritt der Schweiz 83 Mitglieder. Auch aus Australien und den USA höre man positive Signale, was auch einen Beitritt Chinas und Japans nach sich ziehen könne. Politisch sei es wichtig, dass Deutschland, ob – zusammen mit Spanien und Dänemark – die IRENA initiiertes Land den Vertrag als erstes ratifiziere. Es habe sich gezeigt, dass es richtig gewesen sei, die Gründung nicht über die UN zu betreiben, da dies aufgrund des Konsensprinzips zu Blockaden hätte führen können. Für den Sitz von IRENA gebe es vier Bewerbungen. Neben Bonn seien dies Kopenhagen, Wien und Abu Dhabi. Für die Funktion des Generaldirektors gebe es ebenfalls vier Nominierungen. Völkerrechtliche Qualität erlange IRENA, wenn 25 Länder das Abkommen ratifiziert hätten, was nach jetziger Einschätzung in ca. zwei Jahren der Fall sein werde. IRENA werde aber trotzdem nach der Entscheidung über den Sitz und die Generaldirektion die Arbeit aufnehmen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass es mit der Integration in eine bestehende Organisation eine andere Möglichkeit gegeben hätte, die Förderung Erneuerbarer Energien institutionell zu verankern. Da die internationale Entscheidung aber anders gefällt wurde, unterstütze man aber nun den Gesetzentwurf. Die Fraktion der FDP hätte sich aber jedoch gerne gewünscht, dass es der Bundesregierung gelungen wäre, den Sitz Bonn bereits bei den Gründungsverhandlungen verbindlich festzulegen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. wies darauf hin, dass die Gründung einer internationalen Agentur für Erneuerbare Energien angesichts der zahlreichen Beitrittsländer überfällig gewesen sei. Energiepolitisch stehe man vor der grundlegenden Richtungsentscheidung, zur Fortführung der fossil-atomaren Energiewirtschaft oder der Durchsetzung einer nachhaltigen Energiepolitik, basierend auf Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Man müsse sich fragen, ob man die Risiken und Gefahren für Mensch und Umwelt durch Reaktorpannen oder das Trojanische Pferd der CO₂-Verklappung zulassen wolle. Allein durch Erneuerbare Energien könne man die erforderliche Minderung der Treibhausgase erreichen, die Importabhängigkeit beenden, eine sichere Versorgung gewährleisten, die Energiepreise senken und hunderttausende neue Arbeitsplätze schaffen. Erneuerbare Energien seien zudem ein Beitrag zur Friedenspolitik, denn um Sonne und Wind würden keine Kriege geführt. Somit sei der Gesetzentwurf für IRENA eine klare Richtungsbestimmung zu Gunsten einer zukunftsfähigen Energiepolitik, die jedoch im krassen Widerspruch zum tatsächlichen Regierungshandeln stehe. Man werde daher sorgfältig darauf achten, dass IRENA mit Leben erfüllt und insbesondere gegen die Interessen der Energiekonzerne geschützt werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass allein durch die Tatsache, dass bereits 83 Staaten Mitglied von IRENA geworden seien, der Beweis erbracht sei, dass der Gedanke Erneuerbarer Energien auf der Erde viel weiter verbreitet sei, als manche es immer vermuten würden. Es gebe eine große Resonanz und eine große Unterstützung. Die ersten Vorschläge zur Gründung seien schon zu Beginn der 90er Jahre von Eurosolar gemacht worden. Sie seien im internationalen Kontext lange Jahre abgewehrt worden. Umso erfreulicher sei es, dass die Bundesregierung den Gründungsprozess vorangetrieben habe. Man sei erfreut darüber, dass sich die Definition im Artikel 3 der Satzung deutlich für Erneuerbare

Energien ausspreche. Es habe Versuche gegeben, fälschlicherweise auch Atomenergie als Erneuerbare Energie zu definieren oder die fossile Energiewirtschaft über Effizienzfragen einzubeziehen. Es sei jedoch gelungen, dies zu verhindern.

Die **Bundesregierung** wies darauf hin, dass man sich gegen die Integration in die IEA entschieden habe, da hier nur OECD-Länder Mitglied seien. Man habe sicherstellen wollen, dass auch Länder außerhalb dieses Kreises am Know-How teilhaben könnten. Man sei erfreut darüber, dass die hohe Zahl der Beitrittsstaaten vor der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen ein deutliches Signal bezüglich des internationalen Stellenwerts der Erneuerbaren Energien aussende.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss einstimmig, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Gesetzentwurf auf den Drucksachen 16/12789, 16/13122 anzunehmen.

Berlin, den 27. Mai 2009

Dr. Maria Flachsbarth
Berichterstatterin

Dr. Hermann Scheer
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Hans-Kurt Hill
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter